

Der Kampf geht weiter

Anstatt den Schwung der Tarifrunde zu nutzen und mit dem Engagement der Kollegen die Angleichung der Schichtzuschläge an Baden Württemberg in der Tarifaueinandersetzung anzugehen, beerdigt der BR-Vorsitzende per Telefonkonferenz mit dem GBR und einem Vorstand der Daimler AG am 07.02., die Hoffnung, die längst fällige Angleichung der Schichtzuschläge noch in der Tarifrunde durchzusetzen.

Der schon vorbereitete Warnstreik in der Nacht vom 07. auf den 08.02. wird abgeblasen, weil der Vorstand damit gedroht hatte, Bremen bei der Vergabe für den SL-Nachfolger nicht zu berücksichtigen.

Im Glauben, etwas Gutes zu tun und ohne sich vorher die Zustimmung des Betriebsrats-Gremiums einzuholen, unterzeichnet der BR-Vorsitzende - wie allerdings erst am 15.02. bekannt wird - schon am 07.02. eine Absichtserklärung der Werkleitung, die in den

folgenden Tagen als Selbstverpflichtung der Werkleitung Gespräche in Bezug auf die Regelung von Schichtzuschlägen im Werk Bremen aufzunehmen gefeiert wird.

Anstatt mit Urabstimmung und Streik, soll nunmehr in „Gesprächen“ mit der Werkleitung auf sozialpartnerschaftlicher Ebene die Angleichung der Schichtzuschläge unter „Erhalt der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ erreicht werden,

was für die Werkleitung nichts anderes heißt als kostenneutral. Die Gespräche sollen den Abschluss eines Ergänzungstarifvertrages vorbereiten.

Noch am 07.02 stimmen aber bis auf zwei Ausnahmen die aus dem



Werk entsandten Tarifkommissionsmitglieder für die Übernahme des Pilotabschlusses aus Baden Württemberg (siehe Artikel hinten) und nehmen uns so die Möglichkeit, für die Durchsetzung der Angleichung außerhalb der Friedenspflicht zu streiken.

Am 16.02. dann soll der Betriebsrat die vorschnelle Unterschrift des Vorsitzenden unter die Absichtserklärung für rechtens erklären. Viele fordern die Einschränkung der Gespräche auf „Erhalt der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ zu streichen. Das wird abgelehnt, für unnötig oder unmöglich erklärt. Der überflüssigen nachträgliche Legalisierung des Vorgehens und der Zustimmung zur Kostenneutralität, können insgesamt 11 Betriebsräte nicht zustimmen. Die Angleichung kann nicht kostenneutral umgesetzt werden, sie steht uns aber zu. Kompromisse an anderer Stelle können wir nicht eingehen. Verhandlungen ja, aber nicht unter dem Diktat der Kostenneutralität.

Daimler AG
Mercedes-Benz Werk Bremen

07.02.2018

Absichtserklärung zur Aufnahme von Gesprächen in Bezug auf Regelungen von Schichtzuschlägen im Mercedes-Benz Werk Bremen

Unternehmensleitung und Betriebsrat sind sich einig, nach erfolgreichem Abschluss der Tarifverhandlungen und der Übernahme des Pilotergebnisses 2018, ergebnisoffene Gespräche zu einer Neuordnung der Schichtzuschläge im Mercedes-Benz Werk Bremen aufzunehmen.

Grundlage der Gespräche ist der Erhalt der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Standortes sowie die tariflichen und betrieblichen Regelungen.

Bremen, 07.02.2018

Standortleitung

Personal

Betriebsrat

[Fortsetzung auf der Rückseite]

Wir dokumentieren hier eine Plattform, die neben vielen Kollegen auch eine Reihe Kandidaten für die anstehende Betriebsratswahl unterzeichnet haben (siehe unten). Worte, die nicht ohne Taten blieben und bleiben werden!

Das Kapital ist nur so lange stark, wie wir schwach sind. Schwach sind wir, wenn wir uns - statt uns zusammen zu organisieren - gegeneinander ausspielen lassen: Alt gegen jung, Deutsche gegen Ausländer, Stammbegleitschaft gegen Leiharbeiter / Werkvertragsarbeiter, Werk gegen Werk, Daimler gegen BMW oder Audi, „Standort Deutschland“ gegen den Rest der Welt ...

Leiharbeit, egal in welcher Form, ist Zuhälterei. Und an der Zuhälterei gibt es nichts zu „regulieren“, sondern da gibt es nur eine Antwort: Wer Leiharbeit fördert wird mit Gefängnis nicht unter 5 Jahren bestraft.

Wir sind Arbeiter und deswegen denken und handeln wir international. (Standort-) Nationalismus und Faschismus sind arbeiterfeindliche Ideologien, die uns spalten sollen. Deswegen sagen wir: Uns ist der Arbeiter in Kecskemet, in Südafrika, Brasilien oder China näher, als ein Herr Zetsche vom Daimler-Vorstand.

Wir sind für die Abschaffung der Ausbeutung, weil wir überleben wollen. Der Reichtum, den wir täglich zum Beispiel im 70-Sekunden-Takt an den Bändern für die Aktionäre schaffen, kostet uns die körperliche und die psychische Gesundheit und einen Teil unseres Lebens.

Kein Arbeiterblut für Profitinteressen! Ausbeutung und Krieg sind untrennbar miteinander verknüpft. Die weltweite Konkurrenzschlacht kennt scheinbar keinerlei Grenzen mehr, weder uns gegenüber, noch den Arbeitern anderer Länder gegenüber. Das deutsche Kapital hat schon zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen, um seine Krisen zu „lösen“. Es wird auch vor dem dritten nicht zurückschrecken, wenn es um Absatzmärkte und Rohstoffe geht. Es stinkt gewaltig nach Krieg. Deswegen kämpfen wir gegen den Krieg und seine Vorbereitung nach innen und nach außen. Deswegen sind wir aktiv dabei bei der internationalen Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“.

Arbeiterkassen in Arbeiterhand! Hartz-Gesetze (I – IV), Agenda 2010, Gesundheitsreform und Rente mit 67 – das sind nur 4 Schlagworte für die Ausblutung des Sozialsystems, das letztendlich nur durch die Auspressung der Werktätigen finanziert wird. Was für uns Sozialkassen sind, waren für die Herrschenden schon immer Selbstbedienungs- und Kriegs-



Dem DGB auf 's Dach gestiegen am europaweitem (außer hier) Generalstreik 2012



Gegen Leiharbeit und Fremdvergabe am 1. Mai 2016



Mit Daimler-Kollegen aus Südafrika am 1. Mai 2014



Internationale Aktionseinheit Klassenkampf statt Weltkrieg 2014



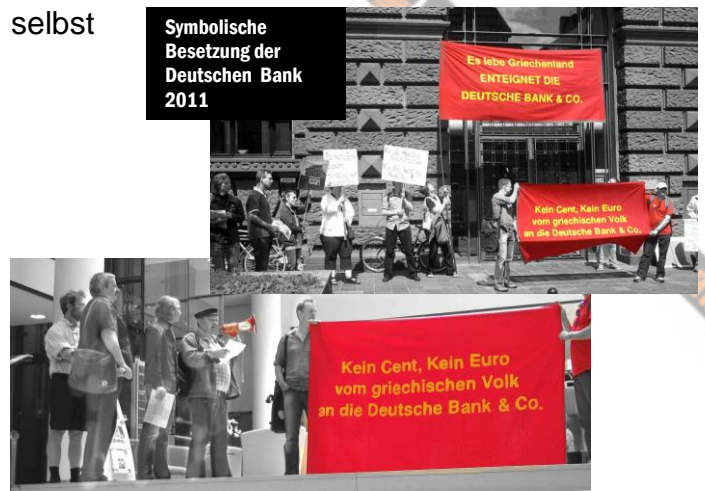
Spontaner Streik gegen Leiharbeit und Fremdvergabe 2013

kassen. Deswegen müssen wir unsere Gelder selbst verwalten und kontrollieren.

Wir haben eine große gesellschaftliche Verantwortung, vor allem auch gegenüber unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen. Deswegen ist es unsere ausgesprochene **Pflicht**, gegen Leiharbeit, Sozialraub, Nationalismus, Militarisierung und Krieg zu kämpfen. Was wir heute versäumen, wird der Jugend morgen zum Verhängnis werden.

Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft! Wir wissen, dass uns in diesem System nichts, aber auch gar nichts geschenkt wird. Das Gerede von Sozialpartnerschaft ist eine Lüge, um uns vom Kampf für unsere Interessen abzuhalten. Es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen Kapital und Arbeit. Herr Zetsche kann nicht ohne uns – aber wir können ohne Herrn Zetsche.

Symbolische Besetzung der Deutschen Bank 2011



Revolution statt Krieg bei Mercedes Bremen 2017



Spontaner Streik der DNS gegen Fremdvergabe und Leiharbeit Dezember 2014



Wir brauchen eine Gewerkschaft als Kampforganisation, nicht als Papiertiger. Vor rund 150 Jahren wurden Gewerkschaften gegründet, damit wir dem Kapital nicht einzeln und damit wehrlos gegenüber stehen. Wir sind IG Metall und treten für die Organisation in der IG Metall ein. Das hindert uns aber nicht daran, die IG Metall-Führung wegen ihrer aktuellen Politik der Rüstungs- und damit Kriegsbefürwortung, wegen des Streikbruchs gegenüber den kämpfenden Kollegen in Europa, wegen der Legitimierung von Leiharbeit und Werkverträgen, etc. (alles im Sinne der Sozialpartnerschaft) auf das Schärfste zu verurteilen und diese falsche Haltung zu bekämpfen.



Die Zukunft gehört uns. Deswegen halten wir weiter fest an unserer Losung: „Weil der Kapitalismus zusammenkracht, brauchen wir die Arbeitermacht“

Das Kapital ist nur so lange stark, wie wir schwach sind. **Deswegen müssen wir uns organisieren** und zusammentun, weil wir wissen, dass wir vereinzelt nichts erreichen können. Schließ Dich an!

Umut Atatepe (68), Zülfiyw Biyikli-Ökszüs (69), Sabine Brandt (46), Kai Edelbluth (116), Gerwin Goldstein (17), Sven Kaminsky (129), Joachim Kohrt (11), Frank Kotte (9), Uwe Müller (38), Julia Nanninga (6), Christoph Schulten (40), Rolf Weichmann (55), Henriette Wessels-Magee (43)

Dass ihr entschlossen seid, die Angleichung zu erreichen, habt ihr durch die Warnstreiks hinlänglich bewiesen. Nun geht es darum, Druck für die Gespräche aufzubauen und zu verdeutlichen, das wir nichts zu verschenken haben.

- Fordert deshalb eure Betriebsräte auf, z.B. keine Überstunden mehr zu genehmigen und leistet auch keine Überstunden auf freiwilliger Basis mehr ab.
- Verzichtet angesichts der Personalproblematik nicht länger auf gerasterte Freischichten und geplanten Urlaub.
- Bleibt nicht länger an den Bändern wenn in der Gegenschicht Personal fehlt, stellt euer Wissen und euer Können nur in dem Rahmen

dem Arbeitgeber zur Verfügung, zu dem ihr arbeitsvertraglich verpflichtet seid.

- Drängt beim Betriebsrat darauf, dass solange die Angleichung nicht umgesetzt ist, keine weiteren Themen mit der Werkleitung besprochen werden und er aus allen gemeinsamen Projekten aussteigt und auch keine neuen Betriebsvereinbarungen mehr abschließt. Soll die Werkleitung mit ihren Anträgen doch zur Einigungsstelle laufen.

Die Angleichung der Schichtzuschläge für die Wechsel- und Nachtschicht steht uns zu, wir müssen sie nicht erbetteln.

In Kürze: Warum dieser Tarifvertrag abzulehnen ist:

1. Weil er die, in den Achtziger-Jahren durch wochenlange Streiks erkämpfte 35-Stundenwoche faktisch aufhebt;
2. Weil die Forderung nach Schichtzuschlägen und damit das berechtigte Anliegen nach Gleichbehandlung mit Baden-Württemberg fallen gelassen wurde;
3. Weil die Kollegen im Osten – entgegen den Versprechungen vorher – weiterhin abgespalten bleiben (38-Stunden-Woche);
4. Weil die tatsächliche Tarifierhöhung von ca. 3,2% die erhöhten Lebenskosten nicht decken.

Und das sagt der Tarifvertrag:

Arbeitszeit: Ausweitung der 40-Std.-Woche auf 25% bis 45% der Belegschaft möglich, Erhöhung der kollektiven Arbeitszeit für den ganzen Betrieb auf bis zu 37,3 Std. im Durchschnitt! Statt Arbeitszeitverkürzung für alle und bei vollem Lohnausgleich, individuelle Arbeitszeitverkürzung auf 28 Std. ohne Lohnausgleich.

Schichtzuschläge: Entgegen den Versprechen von Stahmann, Peters & Co. (siehe oben) Täuschung der Kollegen durch Absichtserklärung.

Osten: Der gemeinsame Kampf um gleiche Arbeitsbedingungen und -zeiten ist kampflos abgeblasen. Stattdessen soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe über die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit sprechen.

Lohn: 3 Nullmonate, die durch 100€ „abgegolten“ werden, 24 Monate 4,3%, das ergibt 2,15 % auf das Jahr gerechnet. Nimmt man das „Zusatzgeld“ (welche Wortakrobatik!) dazu, verbleiben ganze 3,2%. Hält man die Erhöhung der Lebensmittelpreise (+3%), die Explosion der Mieten, der kommunalen Gebühren, etc. dagegen, so heißt das nichts anderes als Reallohnverlust – für mindestens 27 Monate.

Fazit:

Die mögliche Kampfkraft wurde nicht mobilisiert, die Arbeiterklasse noch mehr gespalten; kein Wort gegen Leiharbeit und Tagelöhneri. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, Funktionäre der IG Metall und Betriebsräte, die das Ergebnis wider besseres Wissen als Erfolg verkaufen, dürfen nicht wieder gewählt werden.

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 (Tel. 6679) / Sascha Heiner, H9 und viele andere

(Februar 2018_2)

E-Mail-Kontakt: redaktion-funke@mail.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91, U. Müller, Stichwort: Flugblatt